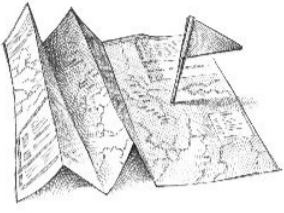


## MITTEN IN HAAR

### Wer hat an der Uhr gedreht?



VON KARIN KAMPWERTH

Wen es in den anstehenden Ferien in die Toskana zieht, der kommt um den obligatorischen Pisa-Besuch eigentlich nicht herum. Allein schon wegen der Selfies, bei denen sich Touristen so knipsen, als hielten sie den Turm mit einer Hand vom Fallen ab. Sieht nicht nur lustig aus, sondern gehört bestimmt auch in die Top Ten der beliebtesten optischen Täuschungen.

Seinen Augen nicht trauen mag man aber bei noch weitaus differenzierteren Darstellungen. Mit den „Rotating Snakes“ etwa hat der japanische Psychologie-Professor Akiyoshi Kitaoka fünf Spiralen mit Mustern und Kontrasten so ineinander verweben, dass der Betrachter die Kreise rotieren sieht. So richtig hoch nimmt das Hirn einen auch bei den „Dancing Dots“, einem Gittermuster, in dem immer wieder tanzende Punkte auftauchen. Oder wenn hinter einem Sammelsurium von grauen Linien plötzlich die Konturen der Mona Lisa auftauchen.

Auch bei der S-Bahn bedient man sich inzwischen der optischen Täuschung. Diese hat ohnehin eine lange Tradition im Nahverkehr. Schon Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer wussten seit ihrer Begegnung mit dem Scheinriesen Herrn Tur Tur, wie sehr einen die visuelle Illusion an der Nase herumführen kann. So verwundert, wie sich die beiden die Augen rieben, weil Herr Tur Tur auf Normalmaß zusammenschumpfte, je näher er kam, erging es dieser Tage auch dem Pendler.

Kurz nach neun griffen die S-Bahn-Verantwortlichen ganz tief in die Trickkiste. Weil sich wie so oft die Weiterfahrt zwischen Haar und Trudering aufgrund eines Rückstaus verzögerte und man in der Schaltzentrale wohl ahnte, dass sich der Wunsch nach pünktlichem Erscheinen zum Termin in Wut verwandelte, wurde einfach an der Uhr gedreht. Die zeigte nicht mehr 9.15 sondern 7.15 Uhr an. Kurzes Aufatmen. Was man da alles noch machen könnte: Spazieren gehen, Kaffee trinken, lustige Selfies knipsen. Fast zu schnell meldete sich die Vernunft zurück – mit der Erkenntnis, dass man nicht nur der S-Bahn selbst, sondern darin auch seinen Augen nicht mehr trauen kann.

### Lieber mit dem Rad zur Arbeit

**Landkreis** – Radeln ist gut für die Gesundheit – aber auch gut für das eigene Image. Auch deshalb wollen die Grünen im Kreistag, dass sich der Landkreis um das EU-Zertifikat „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ bewirbt, das in Deutschland exklusiv vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) vergeben wird. Ziel ist es laut Fraktionssprecher Christoph Nadler und Kreisrat Markus Büchler, „die Bedingungen für Rad fahrende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zu verbessern“. Die fünf zentralen Vorteile des Zertifikats seien neben dem besseren Image und der Gesundheit auch der Umweltschutz, Einsparungen finanzieller Art und die Vorbildfunktion. So spare der Arbeitgeber etwa Geld, da Radabstellplätze weniger Platz bräuchten als Parkplätze für Autos. Der Landkreis ist bereits Mitglied der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern, darüber hinaus setzt sich der Kreis für den Bau von Radschnellwegen ein. **MÜH**

### Neue Stellplatzsatzung für Oberschleißheim

**Oberschleißheim** – Der Vorschlag der Grünen, die Oberschleißheimer Stellplatzsatzung fahrradfreundlicher zu gestalten, führt nun zu einer grundlegenden Überarbeitung der kompletten Satzung. Einstimmig verständigte sich der Bauausschuss des Gemeinderats auf eine Neufassung, zu der nun bis zur Sommerpause alle Fraktionen ihre Vorschläge einbringen sollen. Die Grünen hatten den Teil als dringend erneuerungsbedürftig gesehen, die die Stellplatzanforderung für Fahrräder regelt. Das fand die CSU problematisch. Die SPD hatte auch schon eine Ergänzung eingebracht, mit der Vorkehrungen für E-Mobilität erfasst werden sollen. Da sei es doch am effektivsten, sich mal die ganze Satzung vorzunehmen, fanden die Freien Wähler. 2011 wurde das Werk zum bislang letzten Mal überarbeitet. Speziell angesichts neuer Mobilitätsformen könnten hier durchaus Korrekturen angezeigt sein. **KBH**

## Von wegen starke Jungs

Ein Modellprojekt der Arbeiterwohlfahrt konfrontiert die Mitarbeiter von Kitas in Pullach, Taufkirchen und Unterföhring mit ihren eigenen Vorurteilen. Ziel ist unter anderem, Rollenklischees zu durchbrechen

VON IRMENGARD GNAU

**Pullach** – Die letzte Pappfigur ist ausgeschnitten, das Basteln ist für heute vorbei. Nun geht es ans Aufräumen. Wer hilft mit, die Bank in die Garage der Kita zu räumen? „Ich brauche ein paar starke Jungs, die mir tragen helfen“ – das könnte die angehende Erzieherin Ramona Strauß jetzt sagen. Oder eben: „Ich brauche ein paar starke Kinder.“ Denn warum sollten nur Jungs etwas tragen können oder wollen? Im Kindergartenalter sind die Geschlechter gleich stark, auch das wäre also kein Argument. Warum man trotzdem vielleicht zuerst an die „starken Jungs“ denkt? Prägungen, Stereotype, eingefahrene Sprachgewohnheiten, die Erwachsene oft vielleicht unbewusst gebrauchen. Und damit, ebenso unbemerkt, die Vorstellungen von Kindern prägen können. Sich das bewusst zu machen und im Zweifelsfall zu verändern, das versuchen gerade die 18 Mitarbeiter der „Mäuseburg“ in Pullach.

### „Wenn ich Kindern einen offenen Blick auf die Welt mitgeben will, muss ich selbst auch so sein.“

Die Mäuseburg ist eine von acht Kitas der Arbeiterwohlfahrt (Awo) Oberbayern, die sich an einem Pilotprojekt mit dem etwas sperrigen Namen „Kivobe“ beteiligt. Auch aus Taufkirchen und Unterföhring sind Kitas dabei. „Kivobe“ steht als Abkürzung für „Kindern vorurteilsbewusst begegnen“. Und genau darum geht es: Die Pädagoginnen und Pädagogen in den Kitas sollen sich ihrer eigenen Vorurteile bewusst werden. Das bezieht sich nicht nur auf klischeehafte Geschlechterrollen, sondern ebenso auf die stereotype Einschätzung eines Menschen wegen seiner Hautfarbe, seiner Herkunft, seines Aussehens, seiner Religion oder seines sozialen Status. Vor einer Vor-Beurteilung anderer Menschen sind auch die Mitarbeiter in Kitas und andere Pädagogen nicht gefeit, betont die Awo; jeder Mensch ist geprägt durch seine persönlichen Lebenserfahrungen und gesellschaftliche Umgebung. Doch sich ebendiese Vorurteile bewusst zu machen, ermögliche es, ihnen entgegenzuwirken – und dies dann auch an die Kinder weiterzugeben. „Wenn ich Kindern einen offenen Blick auf die Welt mitgeben will, muss ich selbst auch so sein“, sagt Sarah Drewek, die Leiterin der Mäuseburg. Wer bereits als kleines Kind diskriminierende Wertungen aus seiner Umwelt wahrnimmt, nimmt diese leicht mit in sein Selbstbild und die Vorstellungen über andere Menschen.

Angesprochen habe das Projekt sie gleich, erzählt Drewek. Das Mitarbeiter-Team in Pullach ist bunt gemischt, sowohl vom Alter her als auch vom persönlichen sprachlichen und kulturellen Hintergrund. Kinder aus verschiedenen Nationalitäten besuchen die Kita in Pullach. Pädagogisch verfolgt man ein offenes Konzept und bemüht sich schon seit Jahren um Partizipation, das heißt, die Kinder können mitentscheiden, was sie tun wollen. Gute Voraussetzungen, um sich den eigenen Vorurteilen zu stellen, fand Drewek.

Im Kitaalltag bedeutet das zum Beispiel, jedes Kind immer mit seinem Namen zu bezeichnen, auch wenn man über es spricht, ebenso wie Eltern und Kollegen nicht „die sächsische Familie“ oder die mit dem ausländischen Abschluss sind, sondern eben die Hubers oder die Kollegin Maria. Auch wenn Kinder nicht bestimmten Rollenmodellen entsprechend auftreten, ein Junge zum Beispiel gern einen Rock anziehen möchte. „Sätze wie „Naja, Jungs in Mädchenkleidung...?“ sollte man aus seinem Vokabular streichen“, sagt Drewek. Ideen anderer versucht sie, nicht abwertend zu kommentieren. Das ist in der Sum-



In der Mäuseburg wird Vielfalt großgeschrieben. Das zeigen schon die bunten Figuren am Zaun.

FOTO: SEBASTIAN GABRIEL

me gar nicht so leicht durchzuhalten, wie sie und ihre Kollegen festgestellt haben. „Manchmal ist es tierisch anstrengend“, erzählt Drewek und lacht. Es braucht Mut und Offenheit, sich selbst zu reflektieren – und den Willen, Gewohnheiten zu verändern.

Anstoß zu dem Projekt, das vom Europäischen Sozialfonds und dem Bundessozialministerium gefördert wird, sei die Auseinandersetzung der Awo mit der Frage gewesen, wie sie allen Kindern und ihren Familien gerecht werden kann, erklärt Sabina Smajic. Die Debatte um die ankommenden Flüchtlingsfamilien hat diese Auseinandersetzung zusätzlich verstärkt. Smajic ist bei der Awo Oberbayern als Referentin für Kivobe zuständig. Das Reflektieren der eigenen Einstellungen, Vorurteile und des eigenen Handelns ist dabei zentral, sagt Smajic – und ein aktuelles Thema, das für jeden bedeutsam ist: „Viele Menschen sind sich gar nicht bewusst, wie sie mit sich

selbst umgehen und welche Vorbehalte und Vorurteile sie haben. Aber wer sich selbst nicht kennt und schätzt, tut sich schwer, andere wertschätzend zu behandeln und ihnen offen zu begegnen.“

### Die Erfahrungen und Erkenntnisse sollen auch anderen Einrichtungen zugute kommen

Die Projektleiter auf Awo-Seite und die Mitarbeiter in den Pilotkitas hinterfragen nicht nur ihre eigenen Einstellungen, sondern auch Klischees und Rollenbilder, die zum Beispiel in Kinderbüchern oder durch Spielzeug vermittelt werden. Das geht von der angeblich typischen Frisur, die ein Mädchen oder Junge zu tragen hat, über die von vielen Spielzeugherstellern forcierte Farbtrennung in rosa und hellblau. In der Mäuseburg gibt es stattdessen vor allem Material zum Basteln oder Bauen. Ra-

mona Strauß, Praktikantin im Anerkennungs-jahr in der Mäuseburg, hat sich in ihrer Facharbeit mit genderspezifischen Vorurteilen bei Kindern beschäftigt und festgestellt, dass diese meistens von den Eltern kommen. Von allein gingen Kinder meist sehr offen auf andere zu. „Für Kinder sind andere Kinder einfach auch Kinder“, sagt sie.

Die Pilotphase für das Projekt Kivobe läuft noch bis Februar 2020. Mäuseburg-Leiterin Drewek hat für sich als erstes Ziel ausgemacht, dass jedes Kind sich gern mag, so wie es ist: „Wir wollen Vielfalt leben und anerkennen.“ Erziehungswissenschaftlerin Smajic will den Kitas keine festen Zielvorgaben machen, jede Einrichtung soll individuell sehen, was sie auf Basis der eigenen Erfahrungen und Reflexionen verändern möchte. Langfristig aber soll das Prinzip nach dem Ende des Projekts auch für andere Awo-Einrichtungen nutzbar gemacht werden.

## ANSCHAUEN

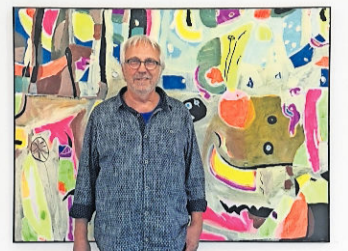


FOTO: VERANSTALTER

### Abstrakte Gegenwelten

Wer die Ausstellung „Sternentage und Sonnennächte“ mit Werken von Manfred Liedtke im Landratsamt sehen will, kann dies noch in dieser Woche tun. Die abstrakten Bilder des Malers und Grafikers hängen noch bis Freitag.

[www.sz.de/muenchen](http://www.sz.de/muenchen)  
[www.facebook.com/szmuenchen](https://www.facebook.com/szmuenchen)  
[www.twitter.com/SZ\\_Muenchen](https://www.twitter.com/SZ_Muenchen)

**Redaktion:** Lars Brunnchorst (Leitung), Hultschiner Straße 8, 81677 München  
**Telefon:** (089) 21 83-7293  
**Mail:** lkr-muenchen@sueddeutsche.de  
**Anzeigen:** (089) 21 83-95 91  
**Abo-Service:** (089) 21 83-80 80

## Geld zurück

Der Landkreis zahlt nachträglich mehr für weiterführende Schulen

**Landkreis** – Zunächst gab es ein Lob vom Chef für seinen Schatzmeister: Die Errechnung jener Beträge, die der Landkreis München den Schulzweckverbänden zurückzahlen muss, bezeichnete Landrat Christoph Göbel (CSU) in der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Schulen am Montagmittag als „Meisterarbeit“. Und zwar deswegen, weil Kreiskammerer Markus Kasper im Vorfeld mit rund 70 Millionen Euro gerechnet hatte, die dafür aufgewendet werden müssen, und nun die detaillierte Rechnung einen Betrag von 70,25 Millionen Euro ergeben hat.

Im September 2017 hatte der Kreistag beschlossen, die Finanzierung weiterführender Schulen für die Zeit seit 1993 rückwirkend zu ändern. Die Kommunen müssen nur noch 30 Prozent der Kosten an einer neu gebauten weiterführenden Schule oder an einer Sanierung selbst tragen, 70 Prozent übernimmt der Landkreis. Weil dieses Verhältnis bislang umgekehrt war, werden stattliche Beträge in die Kassen der Städte und Gemeinden gespült. So erhalten etwa die Kommunen im Zweckverband des Garchinger Werner-Heisenberg-Gymnasiums fast 9,5 Millionen Euro zurück, an die Gemeinden im Zweckverband Südost fließen insgesamt gut 20 Millionen Euro. Landrat Göbel betonte, er präferiere eine einmalige Auszahlung der gesamten Beträge und kündigte an, dass der Posten im Haushalt für 2019 eingearbeitet wird. Das Geld soll über Kredite finanziert werden, damit die Kreisumlage dafür nicht deutlich angehoben werden muss.

Den Gemeinden, die nun Geld zurückerhalten, riet Göbel dennoch dringend, dieses Kapital nicht gleich wieder auszugeben: „Sie wissen alle, dass unserer Fantasie was neue Schulen angeht, keine Grenzen gesetzt sind. Es ist gut möglich, dass die Gemeinden diese Gelder wieder in Schulen reinvestieren.“ Außerdem müssten alle Restrukturierungsmaßnahmen in den Gymnasien zurück zu einem reinen G-9-Betrieb bis 2025/26 abgeschlossen sein. „Das Geld dafür muss da sein“, sagte Göbel. **STEFAN GALLER**

### Stadt-Umland-Bahn könnte B 471 ersetzen

**Haar/Putzbrunn** – Die Bürgermeister von Feldkirchen, Haar, Grasbrunn, Vaterstetten und Putzbrunn pochen auf den Bau der Autobahnparallele und machen sich in einem Schreiben an Landrat Christoph Göbel (CSU) zudem dafür stark, die bestehende B 471 von Durchgangsverkehr freizumachen. Dabei scheuen sie nicht vor revolutionären Ideen zurück: Die stark befahrene Bundesstraße könnte ihrer Meinung nach als Trasse für eine schienengebundene Stadt-Umland-Bahn dienen. Freilich könnte dort auch eine Bus-Schnellstrecke eingerichtet werden oder ein Fahrradschnellweg entstehen, heißt es. Die Bürgermeister setzen sich in ihrem abgestimmten Vorstoß dafür ein, die jetzige B 471 als Straße herabzustufen und vom überregionalen Verkehrsnetz abzuhängen, damit nicht einfach nur mehr Straßen entstünden, die mehr Verkehr anzögen. Im Gegenzug müsste die Parallelstraße zur A 99 zumindest als Kreisstraße gebaut werden. Die Kommunen wären finanziell mit solch einem Projekt überfordert, heißt es in dem Schreiben, übergeordnete Behörden müssten sich einbringen. Derzeit lässt der Landkreis prüfen, ob eine Autobahnparallele technisch machbar ist. **BELO**

## Die Rechnung ohne den Prüfer gemacht

Im Höhenkirchner Rathaus sind die Finanzen jahrelang nicht kontrolliert worden – die Unterlagen blieben einfach liegen

**Höhenkirchen-Siegertsbrunn** – Sie kontrollieren Belege, schauen in Kassenbücher und monieren, wenn die Kämmerei ausstehende Gebühren nicht zügig eingefordert hat. Die vom Gemeinderat bestellten Rechnungsprüfer stellen sicher, dass in der Finanzverwaltung eines Rathauses alles korrekt gelaufen ist. In Höhenkirchen-Siegertsbrunn ist diese Kontrollinstanz zuletzt ausgefallen: Wie jetzt bekannt wurde, wurden Prüfberichte aus den Jahren 2010 bis 2012 nicht abschließend behandelt. Die Jahre 2014 bis 2017 wurden laut Auskunft aus dem Rathaus noch gar nicht unter die Lupe genommen. Der Vorsitzende des Gremiums, Unabhängige-Bürger-Fraktionschef Ulrich Bug, hat die Verantwortung für die Versäumnisse übernommen.

Die Angelegenheit kam jetzt im Hauptausschuss des Gemeinderats auf den Tisch. Das Gremium musste entscheiden, ob das, was der mit ehrenamtlichen Gemeinderäten besetzte Rechnungsprüfungsausschuss bei seinem Blick in Belege und Akten herausgefunden hat, dafür geeignet ist, die Bürgermeisterin als Chefin

der Verwaltung für die Finanzabläufe im Rathaus in den Jahren 2010, 2011 und 2012 zu entlasten. Das geschah einstimmig. Beanstandungen in der Sache gab es nicht. Allerdings herrschte Redebedarf, weil Fristen massiv ignoriert worden waren.

### Der Verantwortliche sagt, er sei „untröstlich“, die CSU spricht von einem „erheblichen Verstoß“

Denn es war lediglich dem Zufall zu verdanken, dass die Angelegenheit nicht völlig zur Farce verkommen ist. Nicht nur, dass Gemeinderäte jetzt im Jahr 2018 über Vorgänge zu befinden hatten, die in eine Zeit zurückreichen, als sie womöglich noch gar nicht dem Gemeinderat angehört. Wenn Bürgermeisterin Ursula Mayer (CSU) bei der Kommunalwahl 2014 nicht wieder angetreten wäre, hätte das Gremium über eine Bürgermeisterin urteilen müssen, die gar nicht mehr im Amt ist. CSU-Fraktionschef Roland Spingler sprach deshalb von einem „erheblichen

Verstoß“ durch den Rechnungsprüfungsausschuss.

Wie das Landratsamt auf Anfrage mitteilt, schreibt die Gemeindeordnung für die sogenannte örtliche Prüfung – im Unterschied zur überörtlichen Prüfung durch externe Stellen – eine Frist von zwölf Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres vor. Wann dann in öffentlicher Sitzung die Entlastung zu erfolgen hat, ist offenbar nicht exakt geregelt. Das Landratsamt äußert sich dazu nicht. Der Ausschussvorsitzende Bug, der seit vielen Jahren das Amt innehat, räumt ein persönliches Versäumnis ein. Er sei „untröstlich“. „Die Kritik ist völlig berechtigt“, sagte er im Gemeinderat und stellte anheim, einen neuen Vorsitzenden zu wählen, was im übrigen Peter Triebwetter (Grüne) ablehnte. Er zumindest nahm Bug die Sache nicht krumm.

Wie es zu dem Versäumnis hat kommen können, ist manchem Beteiligten selbst ein Rätsel. Bug selbst wollte sich nicht weiter erklären. Aus dem Rathaus heißt es, da sei wohl was vergessen worden. Die Finanzen der Jahre 2010 bis 2012 wurden offen-

kundig noch einigermaßen zeitnah inspiziert. Bürgermeisterin Mayer sprach auf Anfrage von Prüfungen etwa drei Jahre nach Abschluss des Geschäftsjahrs, also zwei Jahre später als von der Gemeindeordnung vorgeschrieben. Der Prüfbericht wurde dann erstellt. Doch dann blieb alles einfach liegen. Bug sagte, er habe es versäumt, das Prüfergebnis in „Formbögen“ weiter aufzubereiten, um es im Gemeinderat einbringen zu können. Erst jetzt im Juni habe er das erledigt.

Die Vergangenheit ist damit nicht aufgearbeitet. Belege und Akten aus dem Jahr 2013 wurden Bug zufolge zwar inspiziert. Für die vergangenen vier Jahre steht Bürgermeisterin Mayer zufolge aber ein Termin für die Prüfung aus. Mayer bezeichnete das alles auf Anfrage als „abenteuerlich“. Sie wies aber zugleich eine persönliche Verantwortung und eine Schuld der Verwaltung von sich. Der Rechnungsprüfungsausschuss sei vom Gemeinderat bestellt und agiere unabhängig. Das Rathaus könne nicht mehr machen, als auf Fristen hinzuweisen. **BERNHARD LOHR**